

Europapolitische Beschlüsse

des Landesvorstandes vom

09.11.2018

Für ein Europa der Städte

Europa ist ein Kontinent der Städte. Über 70 Prozent der EU-Bürger leben in Städten. 75 Prozent der Arbeitsplätze in Europa sind in Städten angesiedelt. Europas Städte und Großstadtreionen sind Pulsgeber der EU. Sie sind wirtschaftliches Rückgrat, Innovator und wegweisend für Fragen der zukünftigen Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Europa.

70 Prozent der europäischen Rechtsetzung betreffen Kommunen. Europapolitik ist inzwischen in weiten Teilen Stadtpolitik. Umgekehrt können – und müssen – Städte mehr Bürgernähe für europäische Themen schaffen. Insbesondere für unsere Stadt gilt: Brüssel mag die Hauptstadt Europas sein, Berlin aber ist eine durch und durch europäische Hauptstadt und die vielleicht europäischste Stadt unseres Landes.

In unserer Stadt leben, studieren und arbeiten hunderttausende Menschen aus allen europäischen Nachbarländern. 8,5 Prozent der Berliner Bürger kommen aus dem EU-Ausland. Mit rund 2.600 Erasmus-Studenten liegt Berlin im Städtevergleich auf Platz 4 hinter Madrid, Paris und Lissabon. Im Wettbewerb um den Titel der Startup-Hauptstadt Europas liefert sich Berlin seit Jahren ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit London. Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Berlins in den vergangenen Jahren ist auf das engste mit den europäischen Freiheiten verbunden, die hier gelebt werden.

Unser Berlin ist nur mit und in Europa denkbar. Viele Herausforderungen werden wir nur in europäischer Gemeinschaft bewältigen können. Die Städte Europas sind Wachstumskerne und Wachstumstreiber im globalen Urbanisierungstrend. Der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung wird weiter zunehmen, unsere Städte werden wachsen. Das bietet Chancen und bedeutet außergewöhnliche Herausforderungen zugleich. Berlin steht dabei nicht allein, wir sind Teil einer europäischen Stadtfamilie.

Die CDU Berlin tritt dafür ein, dass die europäischen Städte zukünftig stärker an der Gestaltung Europas beteiligt werden. Ob der europäische Integrationsprozess trotz des zunehmenden Drucks von innen und außen gelingen kann, wird sich maßgeblich in den großen Städten entscheiden. Wo, wenn nicht hier, kann der innere Zusammenhalt Europas gefördert werden? Kaum eine Zielsetzung der Europäischen Union ist ohne die Kommunen zu verwirklichen. Europas Städte sind der Ausgangspunkt für eine Weiterentwicklung Europas von unten.

In Zeiten, in denen das europäische Projekt den größten Herausforderungen seit seiner Gründung gegenübersteht, begreift die CDU Berlin die europäische Stadtpolitik als Chance zur Erneuerung der EU. Auch Berlin muss seiner Verantwortung für das Gelingen Europas als Europäische Hauptstadt zukünftig stärker gerecht werden. Das setzt aber voraus, dass die Städte auf europäischer Ebene zukünftig als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Nur in solcher Partnerschaft kann ein bürgernahes Europa verwirklicht werden.

Die CDU Berlin begrüßt deshalb die Initiative des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, den Städten Europas mit einer „Urbanen Agenda“ mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Agenda ist ein wichtiger Schritt hin zu einer vollwertigen Partnerschaft zwischen europäischer und kommunaler Ebene. Mit unseren Forderungen wollen wir weitere Schritte auf dem Weg zu einem Europa der Städte beschreiben. Wir sehen in der „Urbanen Agenda“ eine Chance, die europäische Politik in

51 den kommenden Jahren stärker an den Bedürfnissen der Städte auszurichten und damit
52 bürgernäher zu gestalten.

53

54 Leitbild der CDU Berlin ist die Europäische Stadt im Sinne der Leipzig-Charta: als Ort
55 vielfältiger Lebensweisen, als Ort europäischer Integration und Partizipation, als sicherer
56 und qualitätsvoller öffentlicher Raum. Die Europäische Stadt ist für uns die Basis einer
57 gedeihlichen Entwicklung der Europäischen Union. Wir sind davon überzeugt, dass diese
58 Entwicklung um so besser gelingen wird, je stärker unser Verständnis kommunaler
59 Selbstverwaltung und das in den europäischen Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip
60 geachtet werden. Unser Ziel ist eine koordinierte europäische Stadtpolitik, die dieses
61 Prinzip achtet und gleichzeitig die Verwirklichung gemeinsamer Ziele fördert. Denn viele
62 Ziele können wir trotz individueller Verschiedenheit nicht einzeln, sondern nur gemeinsam
63 erreichen.

64

65 1.) Wohnen

66

67 Die Europäische Union hat keine unmittelbaren Kompetenzen auf dem Gebiet der
68 Wohnungspolitik, und soll sie auch nicht erhalten. Gleichwohl kann sie den einen
69 wertvollen Rahmen für eine koordinierte Politik für den in allen großen
70 europäischen Städten erforderlichen Wohnungsneubau bieten.

71

72 Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass die EU gemeinsam mit den Akteuren
73 europäischer Stadtpolitik neue politische Leitlinien für die Regulierung und
74 öffentliche Unterstützung des Wohnungsneubaus entwickelt mit dem Ziel, das
75 Beihilfe- und Vergaberegime der EU zu vereinfachen und die Förderung sozialen
76 Wohnungsbaus sowie damit verbundener Grundstücksgeschäfte unter bestimmten
77 Voraussetzungen vom Anwendungsbereich des EU-Beihilferechts auszunehmen.
78 Der sogenannte DAWI-Freistellungsbeschluss der EU-Kommission (2012/21/EU) ist
79 unter der Maßgabe zu überarbeiten, dass zukünftig auch solche Fördermodelle in seinen
80 Anwendungsbereich fallen, die mittlere Einkommen im Bereich von Wohnkosten entlasten
81 sollen.

82

83 Europäische Vorgaben im Bereich der Klimapolitik und insbesondere die EU-
84 Gebäuderichtlinie sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Kosten der
85 Erstellung neuen Wohnraums kritisch zu überprüfen und ggf. mit dem Ziel der
86 Beschleunigung und Vergünstigung des Wohnungsneubaus zu überarbeiten. Die
87 energetische Sanierung von Gebäuden aufgrund europäischer Vorgaben sollte
88 durch entsprechende Förderprogramme der EU finanziell abgedeckt werden.

89

90

91 2.) Urbane Mobilität

92

93 Aktuelle Herausforderungen wie das Bevölkerungswachstum in Städten und
94 zunehmende Flächenkonkurrenz verlangen aus Sicht der CDU Berlin nach
95 skalierbaren und einheitlichen Lösungen in der Europäischen Union. Zur
96 flächendeckenden Einführung und Umsetzung intelligenter und bezahlbarer
Mobilitätskonzepte in den Städten Europas besteht aus unserer Sicht ein

97 erheblicher Harmonisierungsbedarf bei den technischen Anforderungen für
98 Fahrzeuge, den Voraussetzungen für den Bau neuer Infrastruktur und den
99 Rahmenbedingungen für urbane Transportdienstleistungen.

100
101 Die europäischen Regelungen insbesondere zu Luftqualität und Lärmschutz sind
102 aus unserer Sicht gründlich auf ihre konkreten Auswirkungen und Praktikabilität
103 der Umsetzung in Großstadtsituationen zu überprüfen. Der wissenschaftlich
104 schwer begründbare europäische Grenzwert für den Ausstoß von NO₂ (**40 µg/m³**
105 **Luft)** ist unverzüglich auszusetzen und auf Grundlage belastbarer
106 **Einschätzungen zu den gesundheitlichen Belastungen durch Stickoxide neu**
107 **festzulegen. Wenn selbst ein Adventskranz den aktuellen Grenzwert**
108 **überschreitet, dann ist nicht der Adventskranz das Problem, sondern der**
109 **Grenzwert.**

110
111 **Wir halten es für erstrebenswert, dass die EU darüber hinaus die Kommunen**
112 **insbesondere bei solchen Aufgaben finanziell stärker unterstützt, die aus der**
113 **Umsetzung europäischer Vorgaben entstanden sind. Insbesondere der**
114 **Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und die Fazilität**
115 **„Connecting Europe“ (CEF) müssen der fortschreitenden Urbanisierung**
116 **Rechnung tragen und sind noch stärker als bisher auf den Mobilitätssektor**
117 **(öffentlicher Nahverkehr, smarte Mobilitätskonzepte) auszurichten. Ein**
118 **„Regelförderprogramm“ für urbane Mobilität wäre aus unserer Sicht sinnvoll.**

119 120 3.) Sicherheit

121 Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, die bestehenden Partnerschaften im
122 Rahmen der „Urbanen Agenda“ um das Themenfeld „Sicherheit in Städten“ zu
123 erweitern. Für uns ist unverständlich, warum dieses Handlungsfeld bisher nicht
124 als gemeinsame europäische Herausforderung begriffen wurde.

125 Für uns ist die Sicherheit in Städten ein ganz entscheidendes Zukunftsthema,
126 erst recht nach den Terrorereignissen der vergangenen Jahre, aber auch
127 aufgrund der in urbanen Räumen verdichteten Strukturen Organisierter
128 Kriminalität und einer insgesamt im Vergleich zum ländlichen Raum höheren
129 Kriminalität.

130
131 Die Menschen sollen sich in europäischen Städten überall wohl und sicher
132 fühlen dürfen. Wir begrüßen deshalb die gemeinsame Initiative des
133 Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie der französischen
134 nationalen Forschungsagentur ANR mit dem Ziel, die Sicherheit in Städten
135 stärken.

136
137 Wir erwarten, dass dieser deutsch-französische Ansatz auf die europäische
138 Ebene übertragen wird und die Erkenntnisse in eine „Urbane Agenda“
139 einfließen. Der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlich zugänglichen
140 Räumen, die Sicherung der Mobilität in urbanen Räumen und der Schutz bei
141 einem Ausfall kritischer Infrastrukturen sind Herausforderungen, denen die
142 europäischen Städte sinnvollerweise mit gemeinsam entwickelten Strategien
143 und Lösungen begegnen.

144 145 4.) Mehr Öffentlichkeit: Eine echte Stadtkonferenz schaffen (Europäischer Städtetag)

146 Der Urbanen Agenda und der europäischen Stadtpolitik im Allgemeinen fehlt es an
147 Öffentlichkeit. Es gibt zahlreiche Konferenzen ähnlichem Anspruch, die sich jedoch
148 aufgrund ihrer Fülle und fehlender Koordination eher beschneiden, als aufeinander
149 aufbauen. Die CDU Berlin setzt sich deshalb für eine echte EU-Stadtkonferenz
150 (Europäischer Städtetag) vom Stellenwert der UN-Habitat-Konferenz ein. Das
151 jährliche CIETES Forum der EU-Kommission ist der richtige Rahmen, jedoch in
152 seiner jetzigen Form von zwei Tagen zu kurz. Eine jährliche EU-Stadtkonferenz
153 muss den Anspruch haben, Regierungen, Parlamentarier und Zivilgesellschaft in
154 allen Bereichen der ‚Urban Agenda for the EU‘ zusammenzubringen. Der
155 Schwerpunkt muss auf Arbeitsformaten liegen, in denen sich die Teilnehmer der
156 verschiedenen Städte austauschen können. Dafür braucht es einen ähnlichen
157 Zeitrahmen wie die zwei Wochen der jährlichen UN-Klimakonferenz. Berlin sollte
158 bereitstehen, sich um die Ausrichtung einer ersten Konferenz dieses neuen
159 Formats zu bewerben.

160

161 5.) Gemeinsame Strategie gegen Armutsmigration und Obdachlosigkeit

162 Die Bekämpfung der zunehmenden Obdachlosigkeit in Europas großen Städten
163 erfordert neben lokalen Strategien auch nationale und europäische Lösungen. In
164 Berlin ist beispielhaft zu beobachten, wie der drastische Anstieg der
165 Obdachlosenzahlen insbesondere osteuropäischer Herkunft die ohnehin zu
166 beklagende Überbeanspruchung der vorhandenen Hilfestrukturen weiter
167 strapaziert. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union deckt
168 ausdrücklich nicht den dauerhaft obdachlosen bzw. nicht krankenversicherten
169 Aufenthalt von EU-Bürgern ohne Aussicht auf die Aufnahme einer Beschäftigung in
170 Deutschland. Unser Ziel ist deshalb die Rückführung und Re-Integration hier
171 gestrandeter Menschen in ihr heimisches Umfeld. Damit dieses Vorhaben nicht an
172 der fehlenden Unterstützung der Herkunftsländer scheitert, ist ein auf
173 europäischer Ebene zwischen den Mitgliedsstaaten abgestimmtes Vorgehen
174 erforderlich. Um die notwendige soziale Betreuung der betroffenen Menschen zu
175 gewährleisten, sollten zielgerichtet Förderstrukturen im Rahmen des Europäischen
176 Sozialfonds (ESF) ausgeprägt werden, die Kommunen in dieser spezifischen
177 Problemlage unterstützen. Um der besonderen Situation von Roma in Europa und
178 in den europäischen Städten besser gerecht werden zu können, sollte ein
179 Sonderfonds zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und Integration von Roma in
180 den Arbeitsmarkt aufgelegt werden, den Kommunen unmittelbar für diesen Zweck
181 in Anspruch nehmen können.

182

Generation Zukunft – Generation Europa

Altbundeskanzler Helmut Kohl war 20 Jahre alt, als er zusammen mit anderen Jugendlichen aus Deutschland und Frankreich symbolisch Zollschranken zwischen der Pfalz und dem Elsass beiseite räumte. Die Gründerväter und -mütter der Europäischen Gemeinschaft waren mutige Leute, die oft als junge Menschen Krieg, Trennung und Teilung selbst erfahren hatten.

Diese tiefen, prägenden Erfahrungen, die zum Antrieb und Handlungsmotiv der Gründergeneration Europas wurden, und während der Drohkulisse des Kalten Krieges stets unmittelbar blieben, hat die heutige junge Generation nicht gemacht. Dieser Umstand ist ein großes Glück und der uneingeschränkte Erfolg der Europäischen Union.

In ihm liegt jedoch zugleich eine Herausforderung. Frieden und Freiheit in Europa werden heute als Selbstverständlichkeit betrachtet, sogar ein Austritt aus der Europäischen Union, und damit ein Wiederhochziehen von Schranken, ist mehrheitsfähig geworden, wie das Referendum im Jahr 2016 zum Brexit zeigt. Es gilt daher unablässig für die Werte und den Wert der Europäischen Union zu werben und Wissensgrundlagen zu legen, insbesondere bei der jungen Generation.

Damals wie heute prägen vor allem persönliche Begegnungen ein Bewusstsein für Europa und die Motivation, für Europa einzutreten und es weiterzuentwickeln. Und damals wie heute gilt, dass Kenntnisse europäischer Nachbarsprachen das Verständnis für die Mitbürger in der Europäischen Union und ihre unterschiedlichen kulturellen und sozialen Ausgangslagen erhöhen und damit die Vorteile des europäischen Miteinanders wie der gemeinsame Binnenmarkt oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit erst richtig genutzt werden können.

Die CDU Berlin setzt sich daher für eine möglichst breite Sensibilisierung junger Menschen für Europa ein und schlägt für Berlin folgendes vor:

Europa-Schulen und Europa-Kitas ausbauen – Europabildung stärken:

Die von Europabegeisterten vor 25 Jahren wesentlich mitentwickelte und unter dem letzten CDU-Bildungssenator schulrechtlich verankerte Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB) ist ein hervorragend geeignetes Mittel, um Kenntnisse über Europa und Mehrsprachigkeit zu fördern. Rd. 7000 Schüler besuchen die SESB heute an 31 Standorten, doch ihr Potential wird in der europäischen und internationalen Metropole bei weitem nicht ausgeschöpft.

Wir setzen uns daher für einen strategischen Ausbau der Europa-Schulen ein, so dass diese in jedem Berliner Bezirk vertreten sind, insbesondere durch jeweils mindestens eine deutsch-englische Grundschule. Außerdem sollen „Europa-Kitas“, die durch bilinguale frühkindliche Erziehung auf einen möglichen Europa-Schul-Besuch hinführen, gefördert und zertifiziert werden. Wo Mehrsprachigkeit versprochen wird, da muss sie auch erwiesenermaßen praktiziert werden. Um mehrsprachige Kitas zu stärken und auszubauen, muss der Senat das verfassungsrechtlich ohnehin zweifelhafte gesetzliche Verbot hinreichender und wie in der Vergangenheit sozial gestaffelter Zusatzbeiträge für die Finanzierung besonderer Trägerangebote wie beispielsweise die mehrsprachige Kindererziehung unverzüglich aufheben.

Was Schüler im Unterricht von Europa und der Europäischen Union mitbekommen, hängt noch zu stark vom jeweiligen Lehrer ab. Wir fordern daher, dass im Rahmen der derzeit anstehenden Profilierung des Schulfaches „Politik“ die Europabildung verbindlich verankert wird. Lehrer sollen bei der Anbahnung und Durchführung von Schüleraustauschen in die EU stärker als bisher unterstützt werden. Mindestens eine Klassenfahrt sollte jedes Berliner Schulkind in seiner Schullaufbahn zu den europäischen Institutionen und zu Erinnerungsorten ins europäische Ausland führen.

Austausch stärker fördern

Um die europäische Dimension über den Fachunterricht an unseren Schulen hinaus zu nutzen, setzen wir uns für den Ausbau gemeinsamer pädagogischer Projekte mit Schulen aus den europäischen Staaten ein. Die europäischen Bildungsprogramme COMENIUS (für Schulen) und LEONARDO DA VINCI (für berufliche Aus- und Weiterbildung) bieten hierfür eine wichtige Grundlage, die Berlin zusätzlich verstärken kann. Wir streben außerdem an, pädagogische Kontakte und Arbeitsbegegnungen von Lehrkräften innerhalb Europas zu vertiefen und die entsprechenden europäischen Programme zu erweitern.

ERASMUS absichern und Azubis gewinnen

Die Bilanz anlässlich von 30 Jahren ERASMUS in Berlin hat für die Berliner Universitäten gezeigt, dass eine qualitätvolle Umsetzung entsprechendes Verwaltungspersonal erfordert. Um eine nachhaltige und von uns angestrebte Steigerung der Austauschzahlen zu erreichen, muss hier gehandelt werden. Auch ist der – aus politischer Sicht besonders wichtige - Austausch mit Mittel- und Osteuropa noch zu oft eine Einbahnstrasse. Außerdem besteht für Auszubildende im Rahmen von ERASMUS die Möglichkeit, im Ausland berufsqualifizierende Praktika zu machen. Bislang nutzen jedoch nur 4,5% der deutschen Azubis diese Möglichkeit. Die CDU Berlin ruft deshalb den Berliner Senat dazu auf, deutlich mehr für diese Möglichkeit zu werben sowie zu prüfen, in welcher Höhe das Land Berlin die hierfür vorgesehenen Bundesmittel sinnvoll ergänzen kann, um eine höhere Teilnehmerzahl zu befördern.

Geschichte und Werte Europas bewusst machen

Die derzeit zu beobachtenden Akzeptanzprobleme Europas liegen in Teilen im Erfolg Europas begründet. Vor allem jungen Menschen ist die Zeit vor Reisefreiheit und Euro nicht mehr bewusst. Aus unserer Sicht haben Schulen und Jugendeinrichtungen die Aufgabe, ein Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit zu fördern und ein Verständnis dafür zu schaffen, dass in vielen Bereichen unseres Lebens europäische Bezüge wirksam sind und europäische Entscheidungen erforderlich werden.

Zur Erschließung dieser europäischen Dimension von Unterricht und Erziehung müssen grundsätzlich alle Fächer einen Beitrag leisten. Wir sehen Nachholbedarf in den Lehrplänen Berlins bei der Verankerung europäischer Ziele und Themen. Der Anteil europäischer Fragestellungen insbesondere in den Fächern Geschichte und Politische Bildung sollte vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Europa überprüft und ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, junge Menschen aller Bildungsgänge zur Teilhabe am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Geschehen in Europa zu befähigen sowie die Fähigkeit zum nachbarschaftlichen Miteinander und die Bereitschaft, Kompromisse bei der Verwirklichung der unterschiedlichen Interessen in Europa zu befördern.

Verstärkt für Europäischen Freiwilligendienst und Solidaritätskorps werben

Die CDU hat eine breite gesellschaftliche Debatte über eine Allgemeine Dienstpflicht in Deutschland angestoßen. Wir sind der Überzeugung, dass ein Dienst an der Gemeinschaft (ob freiwillig oder verpflichtend) auch an der „Europäischen Gemeinschaft“ geleistet werden können muss. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, die Bedingungen für den Europäischen Freiwilligendienst so zu verbessern und bekannt zu machen, dass deutlich mehr junge Menschen freiwilligen Dienst für soziale, kulturelle oder ökologische Projekte in Europa leisten.